

100 Tage Rot-Grün – und immer nur eine Idee.



**Versprochen – Gehalten!
CDU stoppt noch höhere Steuern!**

Besser für die Menschen.

CDU

www.Wahl-Botzug.de

VERSprochen – GEHALTEN:

CDU und CSU stoppen Steuererhöhungen

Die fast sechsmonatige Debatte um das Steuervergünstigungsabbaugesetz ist zu Ende. CDU und CSU haben sich im Vermittlungsausschuss durchgesetzt und den Gesetzentwurf der Bundesregierung, der Steuererhöhun-

gen in einem Volumen von 17,3 Mrd. Euro vorsah, verhindert.

Mit diesem Verhandlungserfolg hat die Union irreparablen Schaden von der deutschen Volkswirtschaft abgewendet. Bereits die Dis-

Fortsetzung Seite 3

INHALT

BERLINER GESPRÄCH:

Transatlantische Beziehungen: Was kommt nach der Eiszeit?

SEITE 4 – 6

DOKUMENTATION:

Alternativen für Deutschland

UND

Minijobs in der Praxis

INNENTEIL

■ CDU-Präsidium trifft Zentralkomitee der deutschen Katholiken (Seite 2) ■ Laurenz Meyer: Versprochen – gehalten (Seite 4) ■ Helmut Sauer: Versöhnungszeichen setzen! (Seite 4) ■ Nordrhein-Westfalen: Neuer Landesvorstand (Seite 8–10) ■ Bremer Bürgerstiftungswahlen: Fortsetzung der großen Koalition (Seite 11) ■ Annette Schavan zu internationalen IGLU-Ergebnissen (Seite 12) ■ Angela Merkel: Den politischen Neubeginn und Aufbau des Irak mitgestalten (Seite 13) ■ Roland Koch zum Ministerpräsidenten gewählt (Seite 14) ■ Günter Nooke zum Schutz der kulturellen Vielfalt (Seite 15–16) ■ Rürup-Kommission hat versagt (Seite 17) ■ Wolfgang Bosbach zur DNA-Analyse (Seite 18) ■ Norbert Röttgen, Siegfried Kauder: Hilfe für deutsche Gewaltopfer im Ausland (Seite 18–19) ■ Dietrich Austermann: Ungedeckte Milliardenlasten wegen höherer Arbeitslosigkeit (Seite 19)

IMPRESSUM



CDU-Präsidium trifft Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Das CDU-Präsidium und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken haben bei einem ihrer regelmäßigen Treffen über die Bewertung des Irak-Krieges, Fragen der Bio-Ethik, der Zuwanderung sowie der Reformen auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik und über den Stand der Vorbereitungen zum ökumenischen Kirchentag gesprochen.

CDU und ZdK hoffen auf eine schnelle Beendigung des Krieges und einen Sieg der Demokratien über die Diktatur im Irak. Die CDU-Bundesvorsitzende, Dr. Angela Merkel, begrüßte die Auffassung des ZdK, dass der Primat friedlicher Konfliktlösungen nur dann gewahrt bleibt, wenn die Staatengemeinschaft die Durchsetzung von militärischer Gewalt als letztes Mittel nicht grundsätzlich ablehnt. ZdK-Präsident Prof. Dr.

Hans Joachim Meyer unterstrich seine Auffassung, dass der Irak-Konflikt durch Mittel der Diplomatie beherrschbar gewesen wäre.

Bei der Frage der Bioethik begrüßte das ZdK das grundsätzliche Klon-Verbot, wie es im Beschluss des Bundestages verankert ist. Mit Blick auf Detailfragen und zukünftige Entscheidungen sicherten sich beide Seiten gegenseitige Gespräche zu.

Die CDU unterstrich, dass bei der Neuregelung der Zuwanderung die Integration hier lebender Ausländer Vorrang haben müsse, dass humanitäre Zuwanderung nur im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention stattfinden und dass es außer bei Hochqualifizierten keine Zuwanderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt geben dürfe. Das ZdK setzte sich für humanitäre Erleichterungen für illegal in Deutschland lebende Ausländer ein.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333. Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1:
kussionen um die 41 Steuererhöhungsmaßnahmen der Bundesregierung haben Bürger und Unternehmen massiv verunsichert. Konsum- und Investitionszurückhaltung waren die Folge mit entsprechenden negativen konjunktur- und wachstumspolitischen Auswirkungen.

CDU und CSU haben mit ihrer Geschlossenheit den versprochenen Kurs im Vermittlungsausschuss gehalten. Eine nachhaltige und glaubwürdige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist nur mit einer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung möglich. Flächendeckende Steuererhöhungen, die die Rahmenbedingungen am Standort Deutschland weiter verschlechtern, sind der falsche Weg. Sie bringen trotz Erhöhung der individuellen Steuerlast in der Summe weniger Steuereinnahmen, weil Investoren abgeschreckt werden und die Leistungsbereitschaft des einzelnen sinkt.

und der degressiven Gebäudeabschreibungen

- Besteuerung privater Veräußerungsgewinne z.B. bei Immobilien, Wertpapieren oder Kunstgegenständen
- Einführung flächendeckender Kontrollmitteilungen
- Drastische Einschnitte bei der Eigenheimzulage
- Willkürliche Erhöhungen der Umsatzsteuer (z.B. für Blumen, landwirtschaftliche Vorprodukte, Leistungen der Zahntechniker oder die Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Personenbeförderung im Luftverkehr)
- Sog. Mindeststeuer durch Einschränkung des Verlustausgleichs
- Aufhebung der Steuerfreiheit von Sachprämien (Miles and More)
- Abschaffung des Betriebsausgabenabzugs für Geschenke
- Abschaffung des Lifo-Verfahrens bei der Vorratsbewertung
- Nichtanerkennung von Jubiläumsrückstellungen
- Abschaffung der gewerbesteuerlichen Organschaft

Was wurde verhindert?

Das bleibt den Bürgerinnen und Bürgern durch die Union erspart:

- Erhöhung der Pauschalierung für die private Pkw-Nutzung auf 1,5 % des Listenpreises
- Absenkung der linearen

Was kommt?

Der Vermittlungsausschuss hat sich auf Maßnahmen zur Verstärkung des Körperschaftsteueraufkommens geeinigt. Diese Maßnahmen leisten einen erwarteten Bei-

Das ist ein gutes Signal für die Menschen in Deutschland: CDU und CSU haben die meisten Steuererhöhungen gestoppt, die Rüdiger Grögen und Bodo Ramelow wollten. In Bundesrat und Bundestag wurde lediglich eine Reform der Körperschaftsteuer beschlossen - damit auch große Betriebe wieder Steuern bezahlen. Für diese Korrektur von Exzessen Steuerpolitik hatten sich die Grünen vor der Bundestagswahl und den Landtagswahlen eingesetzt. Auch in dem Punkt haben CDU und CSU Wort gehalten.

Rüdiger Grögen will sein am gestrigen „Steuererregnisstag“ auf großer Linie gezeichnet. Denn Rüdiger Grögen wollte „mehr für den Staat - und weniger für den privaten Konsum“. SPD-Fraktionschef Martin Langer: „Genau das hat die Union nicht anstreben.“

- Die willkürliche Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Urlaubsgut, Zahntechnik, Blumen usw.
- Die drastische Kürzung der Eigenheimzulage
- deutlich mehr Steuern auf Firmengewinn
- Höhere Steuern auf private Veräußerungsgewinne z.B. bei Wertpapieren und Immobilien
- Auch Handwerker und Mittelstand will Rüdiger Grögen schwer belästigen - durch verschärfte Kontrollen bei der Abschreibungsgestaltung. Diese Pläne sind jetzt vom Tisch.

Für die CDU ist klar: Solche Steuererhöhungen können nur in der absoluten Lage nicht werden. Sieht man die CDU über die geplanten Steuererhöhungen und hat Bürger und Betriebe davon tief verunsichert. Das ist Gift für unsere Konjunktur - und damit für unseren Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund werden wir uns für mehr Wirtschaftswachstum in Deutschland. Die Union hat Wort gehalten: Konsumkur der Körperschaftsteuer - und keine weiteren Steuererhöhungen.

So urteilt die Presse:
... die Gewinner bleiben eindeutig bei: die Bürger. - Frankfurter Allgemeine Zeitung
„Deutschland hat ... ein gefährliches Konjunkturrisiko bei ...“ Financial Times Deutschland

Besser für die Menschen.

© 2003 CDU/Bundestagswahlkampf. Angekündigt 1. 2003. Foto: ...

Download: www.cdunet.de
Komplettsicht auf Seite 20

trag zur Verstärkung des Körperschaftsteueraufkommens in Höhe von maximal 4,4 Mrd. Euro (bei optimistischer Schätzung). Zu diesen Maßnahmen gehören:

- Ausschüttungsabhängige Streckung der Körperschaftsteuer-Altguthaben bis 2019 mit einem dreijährigen Moratorium; für vor dem 12. April 2003 erfolgte Gewinnausschüttungen gilt altes Recht
- Nichtanerkennung der Mehrmutterorganschaft und Einschränkung des Verlustabzugs bei stillen Gesellschaften, sofern der stille Gesellschafter eine juristische Person ist

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER: VERSPROCHEN - GEHALTEN



Als die Regierung 100 Tage im Amt war und sich schon damals das Steuerwettbewerb von Rot-Grün abzeichnete, haben wir darauf hingewiesen: Diese Regierung hat nur eine Idee – den tiefen Griff in die Taschen der Bürger. Damals hat die Union versprochen: Mit uns wird es das nicht geben. Heute sind wir wieder 72 Tage weiter, und wir können feststellen: Die Union hat Wort gehalten und neue Belastungen für die Bürger abgewendet. Diese Standhaftigkeit hat ganz konkrete Auswirkungen für die Menschen in diesem Land. Beispiel Firmenwagen: Hier geht es nicht um irgendwelche Bosse in dicken Limousinen. Hier geht es um zwei Millionen Menschen und ihre Fahrzeuge, hier geht es um Absatzzahlen auch von Unternehmen wie Ford oder VW, hier geht es um Arbeitsplätze in diesem Land.

Und die Entscheidungen vor allem zur Eigenheimzulage bedeutet, dass der deutschen Bauwirtschaft keine weiteren Fesseln angelegt werden. Für die kommenden Monate hat dieser Freitag vor allem eines gezeigt: Dort wo die Union mitreden kann, da werden wir die Regierung zu Korrekturen an ihrem Chaos-Kurs zwingen. Der Kanzler muss sich jetzt überlegen, ob er seine Betonfraktion endlich zu nachhaltigen Reformen bewegt. Denn eines können CDU und CSU ihm versprechen: Dass Schröder Deutschland noch weiter ins Abseits führt, das wird die Union nicht zulassen.

Versöhnungszeichen setzen!



Zur Abstimmung über die EU-Erweiterung im Europäischen

Parlament erklärte der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU, Helmut Sauer, als Sprecher der in der Union organisierten Heimatvertriebenen:

Es ist zu begrüßen, dass sich mit dem Beitritt der Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern zur EU für die Staaten Mittel- und Osteuropas nach dem Zusammenbruch des kommu-

nistischen Systems nunmehr die Chance eröffnet, gleichberechtigt am demokratischen und freiheitlichen Europa teilzunehmen.

Das darf jedoch über bleibende Probleme nicht hinwegtäuschen: Während die Versöhnung, Verständigung und Zusammenarbeit der Vertriebenen mit den jetzt in ihrer Heimat lebenden Menschen insbesondere auf kommunaler und kirchlicher Ebene bereits weit fortgeschritten ist, fehlt es bis heute an einer offiziellen politischen Versöhnungs-Geste der tschechischen Seite. Dies steht im Widerspruch zum Geist der Versöhnung sowie

der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, die das europäische Einigungswerk prägen.

Es ist daher sehr zu begrüßen, dass die Gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Europäischen Parlament durch eine „Straßburger Erklärung“ zur Abstimmung über den EU-Beitritt, diese Einschätzung bekräftigt und das Fehlen eines Versöhnungszeichens auf tschechischer Seite weiter anmahnt. Es ist zu hoffen, dass gerade Polen und Tschechien, den Beitritt zur EU als Chance begreifend, endlich der gemeinsamen Wertegemeinschaft der EU gerecht werden.

Was kommt **nach** der Eiszeit?

Die Zeit vor und während des Irak-Kriegs hat den Deutschen eines deutlich vor Augen geführt: Die Koordinaten deutscher Aussenpolitik haben sich verschoben. Was das für die Zukunft Deutschlands bedeuten kann, haben der Bonner Politikwissenschaftler, Professor Christian Hacke, und der Mitherausgeber und Chefredakteur der Zeit, Dr. Michael Naumann, bei einer Diskussionsveranstaltung im Konrad-Adenauer-Haus versucht zu skizzieren. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Christoph Bertram, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik.

In ihren Begrüßungsworten hob die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hervor, wie wichtig ein schneller und dauerhafter Friede im Irak sei. „Die stürzende Saddam-Statue hat mich tief berührt“, sagte Merkel vor rund 400 Zuhörern in der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Deutschland müsse jetzt Brücken bauen – zwischen Europa und den USA und innerhalb Europas.

Christian Hacke

Zu Beginn der Diskussion machte der Bonner Politikwissenschaftler deutlich, es sei ein Hauptfehler der rot-grünen Außenpolitik, sich nicht von nationalen Interessen, sondern von innenpolitisch motivierten moralischen Kategorien leiten zu lassen. Während Frankreich und England in der Vergangenheit flexibel und mit einem Gespür für unterschiedliche nationale Interessen und die amerikanische Politik handelten, betriebe die Bundesregierung selbstgefällige Außenpolitik, die auf höherer Stufe moralisiere. Der rot-grünen Bundesregierung warf Hacke vor, sie habe sachpolitisch gute Argumente gegen einen Irak-Krieg dilettantisch verspielt. Hacke brachte seine Befürchtung zum Ausdruck, dass Kanzler Schröder und Außenminister Fischer durch ihre diplomatische Ohnmacht den transatlantischen Konflikt und eine Schwächung Europas mitverschuldet hätten. Mit einer Mischung aus Ahnungs- und Rücksichtslosigkeit hätten sie damit eine

realistische Lösung der Irak-Krise unmöglich gemacht.

Die rot-grüne Regierung hätte vollkommen verkannt, dass deutsche Außenpolitik immer dann erfolgreich war, wenn man „diplomatisch geschmeidig“ auf den amerikanischen Partner eingewirkt habe. Als Beispiel nannte der Politikwissenschaftler den Vietnam-Krieg. Die Bundeskanzler Erhard, Kiesinger und Brandt hätten dem Vietnam-Krieg sehr kritisch gegenüber gestanden, aber sie wären nie auf die Idee gekommen, offen gegen die USA zu opponieren. Dies – um in rot-grünen Kategorien zu denken – sei nicht „unmoralisch“ gewesen, sondern eine kluge Selbsteinschätzung der eigenen Möglichkeiten. Die deutsch-amerikanische Freundschaft sei nie ein Friedensritual gewesen, betonte Hacke. Es hätte immer ein „Hauen und Stechen“ gegeben. Der Ton habe aber die Musik gemacht. Dies hätte auch die Außenpolitik der Regierung Kohl/Genscher gezeigt, die immer „hart in der Sache“, aber „geschmeidig im Stil“ gewesen sei.

Stattdessen habe Kanzler Schröder die deutsche Ver-

mittlerolle in Europa zwischen den zum Antiamerikanismus tendierenden Franzosen und den stark proamerikanisch eingestellten Briten aufgegeben und einer Achse Paris-Berlin-Moskau den Vorzug gegeben. Es sei ein Bruch der diplomatischen Gepflogenheiten, wenn Deutschland gemeinsam mit Russland und Frankreich Interessen gegen die USA formuliere. Schröder und Fischer würden nicht erkennen, dass eine Schwächung der NATO in Russlands Interesse liege und Frankreich versuche, den Einfluss der USA in Europa zu minimieren.

Hacke vertrat die Ansicht, die rot-grüne Bundesregierung hätte viel deutlicher auf die verbrecherische Natur des Regimes in Bagdad hinweisen müssen, um ein außenpolitisches Signal des Verständnisses nach Washington zu senden, statt sich hinter innenpolitischen moralischen Kategorien zu verstecken. Parallel dazu hätte sich Berlin gemeinsam mit Paris und London um eine gemeinsame europäische Position bemühen müssen, die es den USA erschwert hätten, aussenpolitische Alleingänge zu wagen. Im Fall Irak sei die deutsche Regierung jedoch der „Arroganz der amerikanischen Macht mit der Arroganz der

Was kommt nach der Eiszeit? Zur Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen



deutschen Ohnmacht“ begegnet. Dies sei außenpolitisch dilettantisch gewesen und hätte nicht von diplomatischer Finesse gezeugt. Mit ihrer populistischen Argumentation hätte die rot-grüne Bundesregierung dokumentiert, dass sie in unpopulären Lagen nicht zu einer verantwortlichen Führung bereit ist. Hackes Fazit: „Deutschland läuft Gefahr, in Zukunft keine souveräne und verantwortungsbewusste Außen- und Sicherheitspolitik betreiben zu können. Deutschland wird im Konzert der internationalen Politik nur noch in der zweiten Reihe sitzen.“

Michael Naumann

In seinen Ausführungen wird der Chefredakteur und Mitherausgeber der ZEIT auf drei zentrale Themen im Um-

feld des Irak-Kriegs hin:

■ Es sei zunächst die Frage, ob es gelingen werde, den Irak und die gesamte Region zu stabilisieren und zu demokratisieren.

■ Das zweite Thema sei die amerikanische Interventionsstrategie im Irak. „Wir sehen den ersten Präventivkrieg in der Geschichte der USA, und das ist zugleich der Kern der Spannungen zwischen Europa und der Supermacht“, betonte Naumann. Ein präventiver Militärschlag sei nur durch eine hinreichend große Bedrohung zu legitimieren. Wird diese Bedrohung definieren und damit die Legitimation eines Kriegs liefern sollte, bleibe strittig. Naumann widersprach Professor Hackes Auffassung, außenpolitische Interessen und diplomatische Klugheit hätten die deutsche Haltung zum Irak-Krieg bestimmen sollen. „Bei der Frage von Krieg und Frieden

Laurenz Meyer

ist es falsch, nichts zu sagen, und sich nur solidarisch zu erklären. Es ist rational und richtig, eine klare Position zu beziehen.“ Denn es gäbe moralische Konstanten, allen voran die Menschenwürde, die nicht verhandelbar und daher keinem politischen Kalkül unterzuordnen seien. Berühre eine Politik diese moralischen Grundfesten, dann sei eine eindeutige Stellungnahme geboten. Trotz gemeinsamer Wurzeln und Werte sei Deutschland jedenfalls nicht zur „Nibelungentreue“ mit den USA verpflichtet.

■ Das dritte zentrale Thema sei nun, wie sich Deutschland zu dem amerikanischen Präventivkrieg verhalte. Jenseits aller demoskopischen Vorteile hieß Naumann den Anti-Kriegskurs der rot-grünen Regierung grundsätzlich gut. „Ist Schröders moralischer Instinkt falsch? Nein. Denn es gab Alternativen zum Krieg.“ Eine Alternative wäre eine internationale Konferenz über den Terrorismus nach dem elften September gewesen, die zugleich die sich abzeichnende Interventionsstrategie der USA thematisiert hätte. Der Irak-Krieg sei „völkerrechtlich dubios“ und seine stabilisierende Wirkung für die Region sei zweifelhaft. Zudem sei die amerikanische

Strategie gefährlich, weil sie andere Länder verführen könnte, sich gegen die unanfechtbare Überlegenheit der USA zu wehren. Dies betreffe etwa die einstige Großmacht Russland, die jetzt der US-Politik „ohnmächtig zusehen muss“. Der Irak-Krieg könnte auch andere, kaum beherrschbare Konflikte in der Region auslösen.

Auf eines legte der Amerika-Kenner Naumann besonderen Nachdruck: Die USA mit emotional aufgeladenen Etikettierungen wie „arrogante Supermacht“ zu versehen, sei keineswegs hilfreich. Es gelte vielmehr, die Amerikaner und ihre Motive zu verstehen. Viele Deutsche könnten beispielsweise kaum nachvollziehen, „wie zutiefst religiös motiviert die amerikanische Politik ist.“ Dies werde deutlich an der „menschheitsrettenden Attitüde des Präsidenten.“

Abschließend benannte der Diskussionsleiter Dr. Christoph Bertram einen grundsätzlichen Mangel der europäischen Außenpolitik im Fall Irak. Weithin gefehlt habe eine kluge strategische Vorausschau und Situationsanalyse – besonders in Deutschland. Die Frage, wie sich Deutschland im Falle eines Krieges verhalten sollte, sei zu lange nicht beantwortet worden.

In seinem Schlusswort hob CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer noch einmal zwei aus seiner Sicht äußerst bedenkliche außenpolitische Entwicklungen hervor:

■ Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sei zu einem Ort verkommen, in dem die Länder Innenpolitik betreiben, anstatt sich um die Probleme globaler Sicherheitspolitik zu kümmern. Die Deutschen hätten dieser Entwicklung Vorschub geleistet, als sie aus wahltaktischem Kalkül eine anti-amerikanische Haltung einnahmen und die Staatsräson dem Wahlerfolg opferten.

■ Die rot-grüne Bundesregierung müsste so schnell wie möglich die Talfahrt der deutschen Wirtschaft aufhalten. „Denn nur wer wirtschaftspolitisch ernst genommen wird, kann außenpolitisch eine Rolle spielen“, sagte Meyer.

Generalsekretär Laurenz Meyer schloss das „Berliner Gespräch“ mit seinem Dank an die Diskutanten. Im oft „kurzatmigen“ politischen Tagesgeschäft sei es wichtig, sich auch über langfristige Perspektiven zu verständigen.

Neuer Landesvorstand gewählt



Die Bundesvorsitzende Angela Merkel gratuliert Jürgen Rüttgers zur Wiederwahl

Der neue und alte Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU heißt Jürgen Rüttgers. Auf dem 23. Landesparteitag wurde er mit 83,5 Prozent der Stimmen als Landesvorsitzender bestätigt und legte damit gegenüber seinem letzten Ergebnis deutlich zu.

In seiner Rede ging Jürgen Rüttgers, der zugleich stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands ist, hart mit der rot-grünen Landesregierung ins Gericht. „Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, der Pleitewellen und der Lehrstellenskatastrophe tut die Landes-

regierung was sie kann, aber genau das ist unser Problem. Das reicht nicht“, sagte er. Die meisten Bürgerinnen und Bürger würden der SPD nicht mehr zutrauen, dass sie die Wirtschaft wieder in Schwung bringe. „Seitdem Wirtschaftsminister Schartau in Nordrhein Westfalen Regierungsverantwortung hat, gab es im Schnitt jeden Tag 137 Arbeitslose mehr und jeden Tag 43 freie Stellen weniger. Wer bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit so versagt, sollte über seinen Rücktritt nachdenken.“ Statt Symbolhandlungen und Prestigeobjekten

wie den Metrorapid benötige das Land Strukturreformen: „Es ist immer das gleiche Lied, ob in Düsseldorf oder Berlin: Statt Strukturen zu verändern, wird subventioniert oder werden Großprojekte angeschoben.“ Gleichzeitig stellte er klar, dass die CDU zu grundlegenden Reformen bereit sei. Und auch die Menschen seien zu harten Einschnitten bereit, wenn sie wüssten, dass es am Ende für sie und ihre Kinder besser würde.

Initiative für Wachstum und Beschäftigung

Deshalb forderte der nordrhein-westfälische Partei- und Fraktionsvorsitzende eine Initiative für mehr Wachstum und Beschäftigung. Hierzu stellte er ein Zukunftsprogramm der CDU-Landtagsfraktion vor: Der Abbau von Subventionen müsse vorangetrieben werden. Insbesondere müssten die Kohlesubventionen bis zum Jahr 2010 halbiert werden. Um den Investitionsstau an Rhein und Ruhr zu beenden, müssten die kommunalen Haushalte endlich saniert werden. Außerdem müsse

die Bürokratie konsequent abgebaut und die Regierungspräsidien abgeschafft werden. Des Weiteren will Jürgen Rüttgers NRW zum Innovationsland Nr. 1 in Deutschland ausbauen und einen bildungspolitischen Neuanfang mit „mehr Lehrern, kleineren Klassen und kleineren Schulen“ beginnen. „Ich will, dass dieses Land wieder Spitze wird und nicht im Mittelmaß verkommt“, sagte er mit Blick auf die Landtagswahl 2005.

Ziele klar im Visier

Die neuesten Umfragen, welche die CDU bei 45 bis 48 Prozent sehen, seien ein toller Beweis für das Vertrauen, welches die Menschen in die CDU im Westen setzten. „Der nächste Schritt ist unser Sieg bei den Europawahlen 2004. Dann kommt unser Sieg bei den Kommunalwahlen 2004. Der dritte Schritt ist unser Sieg bei den Landtagswahlen im Mai 2005. Das ist mein Ziel. Dahin will ich unsere CDU führen“, bekräftigte der Oppositionsführer.

Neuer Generalsekretär

Dieses Ziel will er nun gemeinsam mit dem neuen Ge-

neralsekretär Hans-Joachim Reck angehen. Auf Vorschlag von Jürgen Rüttgers



Neuer Generalsekretär:
Hans-Joachim Reck

wählten die rund 600 Delegierten den bisherigen Telekom-Manager mit 84,53 % der Stimmen als Nachfolger von Herbert Reul zum neuen Generalsekretär der nordrhein-wesfälischen CDU. Der ehemalige Bundesgeschäftsführer der CDU hat sich vorgenommen, den größten Landesverband innerhalb der CDU Deutschlands zum kampagnefähigsten Landesverband weiterzuentwickeln. „Wir sind Großstadtpartei und die Partei der Mittelstädte und des ländlichen Raumes. Und wir werden das auch bleiben. Dafür werden wir kämpfen, weil sich dieser Einsatz lohnt“, sagte er. Nebender inhaltlichen Diskussion über wichtige Zukunftsfragen will er sich insbesondere der Mitgliederengewinnung, der besseren Einbindung von Frauen, der verstärkten Nut-

zung von modernen Kommunikationsmitteln in der Parteiarbeit, der Stärkung der Vereinigungen und der Verbesserung der Spendeneinnahmen widmen.

Viel Erfolg bei diesen vielfältigen Aufgaben wünschte ihm auch sein Vorgänger Herbert Reul. Dieser hatte bereits im Vorfeld des Parteitages angekündigt, dass er nach zwölf Jahren nicht erneut kandidieren werde. „12 Jahre sind genug. Es hat Spaß gemacht, und wir haben einiges auf den Weg gebracht, aber jetzt ist es an der Zeit, einen personellen Wechsel zu vollziehen“, sagte Herbert Reul in seiner letzten Rede als Generalsekretär. Der Landesvorstand und die Delegierten verabschiedeten ihn mit großem Dank und viel Applaus.

Keine stromlinienförmige Partei

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, machte in ihrer Rede auf dem Landesparteitag noch einmal die Position der CDU in der Irak-Debatte deutlich. Gleichzeitig sagte sie, es sei „vollkommen verständlich“, dass in einer dem christlichen Menschenbild verpflichteten Partei über die Frage von Krieg und



Frieden gerungen werde. „Das ist keine Sache von Befehl und Gehorsam, sondern eine Sache persönlicher, individueller Auseinandersetzung, die im politischen Raum unserer Partei stattfindet“, sagte sie unter dem Beifall ihrer Zuhörer. Eine „stromlinienförmige Partei“ wolle sie nicht. In der aktuellen Auseinandersetzung könne man aber nur den Sieg der Demokratie über die Diktatur wünschen. Damit der Friede eine Chance habe, sei auch in Zukunft die Abschreckung durch militärische Gewalt unverzichtbar. Die Vereinigten Staaten dürften nicht glauben, dass sie als einzige verbliebene Supermacht alles alleine regeln könnten, sonst würden sie scheitern. Beim Wiederaufbau des Iraks müssten die UN eine zentrale Rolle spielen, forderte Merkel.

Deutschland sei nun gefordert, Brücken zu bauen – im außenpolitisch zerrissenen Europa und zu den USA.

Um künftig im internationalen Konzert eine gewichtige Rolle spielen zu können, müsse Europa wirtschaftlich und militärisch

stärker werden. Dann könnten die Europäer den Amerikanern auch sagen, „was aus unserer Sicht nicht geht“. Eine engere Zusammenarbeit mit Russland kann aus Angela Merkels Sicht kein Ersatz für die enge Zusammenarbeit mit den USA sein. „Für mich ist das transatlantische Bündnis allemal zuverlässiger als ein Bündnis mit Russland, auf das ich mich in absehbarer Zeit nicht verlassen möchte“, sagte sie vor den Delegierten in Bochum. Diese dankten Angela Merkel für ihre klaren Worte mit lang anhaltendem Beifall.

Weitere Informationen zum Bochumer Landesparteitag erhalten Sie auf www.cdu-nrw.de

Neuer Landesvorstand

Landesvorsitzender:

Jürgen Rüttgers 83,50 %

Generalsekretär:

Hans-Joachim Reck 84,53 %

Stellvertretende Landesvorsitzende:

Wolfgang Bosbach 85,37 %

Ursula Heinen 53,05 %

Christa Thoben 60,93 %

Eckhard Uhlenberg 64,31 %

Oliver Wittke 79,74 %

Landesschatzmeister:

Lothar Hegemann 77,15 %

Für Fortsetzung der großen Koalition

Mit einem klaren Bekenntnis zur Fortsetzung der großen Koalition mit der SPD geht die CDU in die Bremer Bürgerschaftswahl am 25. Mai. Dies bekräftigten der Landesvorsitzende Bernd Neumann und der Spitzenkandidat, Finanzsenator, Hartmut Perschau, auf dem Landesparteitag.

Beide Spitzenpolitiker bescheinigten der SPD die Bereitschaft zur „guten und konstruktiven Zusammenarbeit“, die immer und allein dem Wohl des Landes diene. Hartmut Perschau sagte, nach Amtsantritt der großen Koalition vor acht Jahren sei in Bremen „eine neue Dynamik“ entstanden. Als Beispiele nannte er ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, mehr Beschäftigung und einen boomenden Seehafenumschlag.

Umso größer fällt die Kritik von Hartmut Perschau an den Bremer Sozialdemokraten aus, die sich nicht auf eine Koalitionsaussage festlegen wollen. Der sozialdemokratische Bürgermeister Henning Scherf sei zwar für eine Fortsetzung des Bündnisses mit der CDU, die Mehrheit der Partei wolle aber offenbar eine Koalition mit den Grü-



nen. Bernd Neumann warnte: „Eine rot-grüne Politik in Bremen würde die sichtbaren Erfolge der großen Koalition, die eindeutig die Handschrift der CDU tragen, in kürzester Zeit zunichte machen.“ Wer sicher gehen wolle, dass die große Koalition in Bremen weiter mache, müsse daher CDU wählen.

In der Irak-Frage hat sich die Bremer CDU hinter die Irak-Politik der CDU-Bundesvorsitzenden Angela Merkel gestellt. Bei dem Krieg gehe es um die Beseitigung einer Schreckensherrschaft, und dabei „können wir nicht neutral sein“, sagte Bernd Neumann. Der Bundesregierung warf der Bremer Landesvorsitzende eine Mitschuld am Ausbruch des Irak-Krieges vor. Das Verhalten von Bundeskanzler

Gerhard Schröder sei „nicht friedensdienlich“ gewesen. Schröders kategorisches „Nein“ zu einem Krieg sei Taktik gewesen, um die schlechte Stimmung vor der Wahl noch umkehren zu können. Mit dieser isolierten Haltung habe er den Krieg nicht verhindert, sondern die Kriegsgefahr erhöht.

Die Bremer CDU werde einen Wahlkampf gegen die rot-grüne Bundesregierung und ihre Wirtschaftspolitik führen, kündigten Bernd Neumann und Hartmut Perschau an. Einstimmig verabschiedeten die Delegierten das Wahlprogramm. Darin spricht sich die CDU dafür aus, der Arbeitsplatzsicherung Priorität zu geben, den Kurs der Sanierung der Landesfinanzen voranzubringen und das Bildungssystem zu reformieren.

ANNETTE SCHAVAN:

Internationale IGLU-Ergebnisse rechtfertigen keine Strukturdebatte

Nach Bekanntwerden der Ergebnisse der internationalen IGLU-Studie (Internationale Grundschul-Leseuntersuchung) warnt die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands und baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan vor einer erneuten Debatte um das bewährte gegliederte Schulsystem, wie dies von Teilen der SPD und den Grünen schon versucht worden ist.

Die IGLU-Studie wurde von der Kultusministerkonferenz am Dienstagnachmittag in Berlin veröffentlicht. Daraus ging unter anderem hervor, dass die deutschen Ergebnisse im Bereich Lesen bei 35 Teilnehmerstaaten lediglich von Schweden, den Niederlanden und England übertroffen werden. Nach den für Deutschland positiven Werten erwartet Schavan, dass die Folgediskussionen weniger aufgeregt als nach Bekanntwerden der PISA-Studie sein werden. Sie warnte vor einer Neuaufgabe der Schulstruktur-Debatte, die von SPD und Grünen nun im Hin-



blick auf eine sechsjährige Grundschule initiiert werden könnte: „Die Strukturfrage wird nicht der relevante Faktor sein.“ Insgesamt hatten in Deutschland 239 Schulen beim IGLU-Test teilgenommen, in Baden-Württemberg waren es 25 Schulen. Baden-Württemberg nimmt wie zwölf weitere Länder auch an der IGLU-E-Auswertung (Ergänzung in Mathematik und Naturwissenschaften) teil und stellt sich zudem der Herausforderung eines direkten Ländervergleichs.

Dieses Angebot haben ausserdem noch Bayern, Hessen, Brandenburg, Thüringen, Bremen und Nordrhein-Westfalen angenommen. „So wird eine Gesamtübersicht über den Leistungsstand aller Länder durch die Nichtteilnahme der anderen Bundesländer nicht möglich sein“, bedauerte Schavan, die wie bei PISA auch bei der vertieften IGLU-Untersuchung deutliche Unterschiede bei der im Dezember diesen Jahres erscheinenden Länderauswertung innerhalb Deutschlands erwartet.

Die gesamte Pressemitteilung kann unter <http://www.kultusministerium.baden-wuerttemberg.de> heruntergeladen werden, in der nächsten UiD-Ausgabe wird eine ausführliche Bewertung der IGLU-Studie veröffentlicht werden.

Die „Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung“ IGLU soll den PISA-Leistungstest für 15-jährige Schüler ergänzen. Bei IGLU kam das Leseverständnis von Viertklässlern am Ende der Grundschulzeit auf den Prüfstand. IGLU ist die erste repräsentative Untersuchung von Grundschulern in Deutschland. Im Mai 2000 hatte die Kultusministerkonferenz der Beteiligung Deutschlands an der Studie zugestimmt.

ANGELA MERKEL:

Den politischen Neubeginn und Aufbau des Irak **mitgestalten**

Der Krieg im Irak ist noch nicht zu Ende. Noch immer wird in Bagdad und anderen Landesteilen gekämpft. Doch die Bilder der stürzenden Saddam-Statue in Bagdad, die den Zusammenbruch der irakischen Diktatur eindrucksvoll symbolisieren, haben mich und viele andere tief berührt.

Auch der Jubel der unterdrückten Iraker über die einrückenden amerikanischen Truppen hat mich sehr bewegt. Gleichwohl gibt es noch viele Unwägbarkeiten und Gefahren. Ich hoffe, die militärischen Aktionen können jetzt schnell und mit möglichst wenigen Opfern beendet werden.

Schon jetzt stehen der Wiederaufbau und die Nachkriegsordnung des Irak auf der Tagesordnung. Klar ist zunächst: An dieser Aufgabe müssen viele Länder und Institutionen mitwirken. Die Koalition darf dabei nicht allein gelassen werden. Statt Streit und Misstrauen brauchen wir ein gemeinsames, pragmatisches Vorgehen. Nur mit einer gemeinsamen Anstrengung



kann der Irak politisch stabilisiert und demokratisiert werden.

Die UNO muss dabei eine wichtige Rolle spielen. Gleichwohl kann sie nur solche Aufgaben übernehmen, die sie auch tatsächlich erfüllen kann. Die gegenwärtige Situation im Irak ist geprägt von Chaos und einem Machtvakuum. Deshalb ist die militärische Absicherung einer sich entwickelnden Nachkriegsordnung besonders wichtig. Unverzichtbar ist auf absehbare Zeit ein Engagement der USA und Großbritanniens. Eines muss betont werden: Wie die UNO am Wiederaufbau mitwirken kann, muss auch in der UNO besprochen werden – und zwar hinter verschlossenen Türen und ohne öffentlich verkündete Vorbedingungen. Auch Europa kann beim Auf-

bau eines freien und friedlichen Irak nicht abseits stehen. Aber dafür muss Europa ge-eint auftreten. Die Europäer und vor allem die Deutschen müssen jetzt Brücken bauen zwischen denen, die zuvor verschiedener Meinung waren. Deshalb sollten Deutschland, Frankreich und England darauf verzichten, jeweils einseitige Erklärungen abzugeben. Aus diesem Grund muss vor allem die von der Regierung Schröder betriebene Achsenbildung aufhören, die sich gegen die USA und Teile Europas richtet. Jüngstes Beispiel: Die belgisch-französisch-deutsche Initiative zu einer europäischen Verteidigungsunion, die nach Zeitpunkt und Kreis der Beteiligten kaum verfehlt sein könnte.

Natürlich muss die Zukunft Iraks letztlich in der Hand des irakischen Volkes liegen. Den Irakern sollte so bald als möglich Raum gegeben werden, sich eigene wirtschaftliche und politische Strukturen zu schaffen. Diese Strukturen sollten von der internationalen Öffentlichkeit begleitet und gestärkt werden.

„Nicht verschieben, sondern entscheiden“

Gut zwei Monate nach der Landtagswahl hat das Wiesbadener Parlament Roland Koch in seinem Amt als hessischen Ministerpräsidenten bestätigt. Bei der geheimen Abstimmung erhielt der neue und alte Ministerpräsident 56 Ja-Stimmen. Dies entspricht der Zahl der CDU-Abgeordneten, die im hessischen Landtag erstmals die absolute Mehrheit stellen. Die neun Abgeordneten der FDP enthielten sich wie angekündigt der Stimmen.

Für die erstmals mit absoluter Mehrheit regierende Hessen-CDU war die Wahl ein historischer Moment. Zum ersten Mal wurde ein CDU-Ministerpräsident in seinem Amt bestätigt. In einer kurzen Antrittsrede verwies Koch darauf, dass die Union jetzt die alleinige politische Verantwortung trage. Dennoch wolle er Hessen mit Kompromissbereitschaft und Toleranz regieren. „Wir stehen in einer Zeit großer Herausforderungen.“ Diese Herausforderungen gelte es zum Wohle aller Bürger zu meistern. Gleichzeitig rief der seit



1999 amtierende Regierungschef alle gesellschaftlichen Gruppen zur Diskussion über die anstehenden Aufgaben auf. Er selbst stehe aber dafür, dass am Ende der Diskussion klare und mutige Entscheidungen gefällt werden. „Nicht das Verschieben, sondern das Entscheiden“ müsse das Maßstab der Politik sein.

Erfolgskurs

In der auf fünf Jahre verlängerten Legislaturperiode will Koch unter anderem mehr Lehrer einstellen, den Ausbau des Frankfurter Flughafens vorantreiben und Initiativen für schärfere Strafgesetze einbringen. Angela Merkel beglückwünschte Koch zu seiner Wiederwahl. Er habe „Hessen wieder auf einen Erfolgskurs gebracht“ und

gezeigt, „was es heißt, glaubwürdige Politik für die Bürger zu machen“.

Nach der Wahl des Regierungschefs wurde das neue Kabinett vereidigt, dem zehn statt bislang neun Mitglieder angehören. Auf ihren Posten bleiben Volker Bouffier (Innen), Karheinz Weimar (Finanzen), Christian Wagner (Justiz), Karin Wolff (Kultur), Wilhelm Dietzel (Umwelt) und Silke Lautenschläger (Soziales).

Das Wirtschaftsressort übernimmt der bisherige Fuldaer Oberbürgermeister Alois Rhiel, das Wissenschaftsministerium der frühere Innenstaatssekretär Udo Corts. Chef der Staatskanzlei wird der frühere CDU-Fraktionsgeschäftsführer Stefan Grüttner. Das neu geschaffene Ressort für Bundesrats- und Europaangelegenheiten leitet künftig Jochen Riebel.

Vor den Abstimmungen über die Regierung hatten die Abgeordneten den früheren CDU-Fraktionschef Norbert Kartmann einstimmig zum neuen Landtagspräsidenten gewählt. Kartmann löst Klaus Peter Möller ab, der dem Landtag nicht mehr angehört.

GÜNTER NOOKE:

Für ein **Völkerrechtsabkommen** zum Schutz der kulturellen Vielfalt

Die neue Verhandlungsrunde in der Welthandelsorganisation (WTO) im Rahmen des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services, GATS) läuft seit dem Jahr 2000. Die Europäische Union hat zum 31. März 2003 für ihre Mitgliedstaaten ihre Liberalisierungsangebote vorzulegen. **Besonderes Augenmerk verdient hierbei die Betrachtung des Dienstleistungssektors, der gleichzeitig kulturelle Aspekte aufweist.**

Bei den Kulturpolitikern aller Fraktionen im Deutschen Bundestag besteht Einigkeit darüber, dass bei den aktuellen und künftigen GATS-Verhandlungen die kulturelle Vielfalt garantiert werden muss. Es ist daher ein richtiges handelspolitisches Signal, dass die Europäische Union grundsätzlich keine Liberalisierungsangebote für den sensiblen Bereich der audio-visuellen und kulturellen Dienstleistungen vorgelegt hat.

Zwischen Freihandel und Kultur besteht ein Span-



nungsfeld. Dieser Aspekt wurde bisher ungenügend berücksichtigt. Die Kultur entzieht sich der reinen Logik des Handels mit Dienstleistungen. Kultur gehört zu den Kernaufgaben einer demokratischen Gemeinschaft und kann damit nicht ausschließlich einer rein ökonomischen Betrachtung oder nur wirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet werden. Es muss daher sichergestellt werden, dass die Struktur der öffentlich subventionierten Kultur in Deutschland durch die GATS-Verhandlungen nicht generell zur Disposition gestellt wird. Im Hinblick auf den Bereich der audio-visuellen und kulturellen Dienstleistungen – wie immer diese künftig zu definieren sein werden – ist es von entscheidender Bedeu-

tung, auf die besondere historisch gewachsene Struktur und die kulturelle Vielfalt in Deutschland und den Regionen Europas hinzuweisen.

Bindende Abkommen

Aus diesem Grund fordert die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ein Abkommen zum Schutz der kulturellen Vielfalt, das bei künftigen Liberalisierungsverhandlungen als Vergleichsstandard und Referenzpunkt dient. Dies könnte in Form einer völkerrechtlichen Vereinbarung geschehen, wobei entscheidend ist, dass diese Vereinbarung bindenden Charakter für die künftigen Stellungnahmen der Beteiligten an den Verhandlungen hat, vergleichbar der Biodiversität.

Notwendig ist auch, auf die immanente Verbindung zwischen bildungs- und kulturpolitischen Aspekten hinzuweisen. Denn erfolgreiche Bildungspolitik trägt auch dazu bei, dass kulturelle „Produktion“ und kul-

turelle „Wertschöpfung“ in ihren unterschiedlichen Ausprägungen nachgefragt werden, denn erst damit kann ihre Vielfalt erhalten und gesichert werden. Das heißt, dass unsere kulturellen Angebote nur dann auch in kommenden Generationen nachgefragt, verstanden und weitergegeben werden, wenn in den Schulen Grundlagen für ihre Rezeption gelegt werden.

Musisch-kulturelle Bildung

In diesem Zusammenhang ist es besonders bedrückend festzustellen, dass an den Schulen in Deutschland immer wieder und als erstes die musisch-kulturellen Fächer nicht gelehrt werden. Wir brauchen hier eine Kehrtwende, wir müssen die musisch-kulturelle Bildung wieder in den Vordergrund stellen, vor allem in den Schulen. Und wir müssen dafür sorgen, dass darüber hinaus eine künstlerische Ausbildung – in den Kunst- und Musikschulen der Städte und Gemeinden – nicht als Luxus angesehen wird, sondern als Grundlage zum Verständnis unserer Kultur. Eine solche Grundlage bildet übrigens auch der Religionsunterricht.

Kein kultureller Einheitsrasen

Die CDU begrüßt die Liberalisierung des Welthandels auch im Dienstleistungsbereich. Da aber den Verhandlungen das Prinzip der „fortschreitenden Liberalisierung“ zugrunde liegt, und eine Abgrenzung kultureller Dienstleistungen – von der Gastronomie über den Film bis zum Stadttheater – nur schwer möglich ist, kann niemand ausschließen, dass am Ende eben doch ein kultureller Einheitsrasen statt des spannenden Dickichts eines Regenwaldes übrig bleibt.

Kulturförderung

Auch ist die Praxis der Kulturförderung des „alten Europa“ nur schwer kompatibel mit anderen Modellen wie zum Beispiel in den USA. Im Unterschied zu den USA subventioniert im „alten Europa“ der Staat die Kultur. Und im Unterschied zu den USA stehen im „alten Europa“ Theater und Opernhäuser mit über 300-jähriger Geschichte. Die fortschreitende Liberalisierung darf die Identität und die regionalen Zusammenhalt stiftende Rolle der Kultur nicht

zerstören. Es geht um den Erhalt einer „Kulturlandschaft“; zumindest so lange, wie demokratische Mehrheiten bei uns sie für unverzichtbar halten.

Forderungen

Aus Sicht der CDU sind folgende Sachverhalte von entscheidender Bedeutung:

- Die von den Bundesländern wahrgenommene Kulturhoheit darf durch das GATS-Abkommen nicht beeinträchtigt werden.

- Weitere Angebote im Bereich der audio-visuellen und kulturellen Dienstleistungen sind nicht anzustreben.

- Es muss auch künftig gesichert werden, dass die Regeln zur „Inländerbehandlung“ nicht so ausgelegt werden, dass eine generelle Verpflichtung zur staatlichen Subventionierung auch privater Anbieter entsteht: Die staatliche Finanzierung von Kultureinrichtungen in Deutschland darf keine Subventionsansprüche ausländischer Anbieter erzwingen.

- Ein völkerrechtliches Abkommen zum Schutz der kulturellen Vielfalt als Referenzgröße für weitere Liberalisierungen im Dienstleistungssektor ist anzustreben.

HORST SEEHOFER
ANDREAS STORM
ANNETTE WIDMANN-MAUZ
WOLFGANG ZÖLLER:



Rürup-Kommission hat versagt

Zur den vorgestellten Ergebnissen der Rürup-Kommission erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung, die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der gesundheits- und sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe:

Die Rürup-Kommission hat den selbst gesteckten hohen Erwartungen nicht entsprochen. Der Anspruch, ein zukunftsweisendes Konsensmodell zu entwickeln, wurde nicht ansatzweise erfüllt. Im Gegenteil, der Ball – langfristig tragfähige Grundlagen für die Finanzierung der GKV zu finden – wurde an die Politik zurückgespielt. Keines der beiden vorgestellten Modelle wird den großen Herausforderungen gerecht. Die Kommission eröffnet nur die Wahl zwischen einem nicht finanzierbaren Kopfpauschalmodell und einer Ausweitung der bestehenden Strukturfehler auf alle Erwerbstätigen.

Die vorgeschlagenen Akutmaßnahmen sind sozial unausgewogen und in sich widersprüchlich. Statt Leistungen sozialverträglicher auf die Versichertengemeinschaft zu verteilen, werden nun einseitig die Kranken mit über 10 Mrd. Euro zusätzlich belastet.

Dreister Widerspruch

Es ist ein dreister Widerspruch, wenn der Öffentlichkeit vorgegaukelt wird, dass der Leistungskatalog in bisherigem Umfang beibehalten und Leistungsausgrenzungen prinzipiell eine Absage erteilt wird, faktisch aber durch eine 100%ige Zuzahlung Leistungsbereiche völlig ausgegliedert werden.

Mit den Vorstellungen zu obligatorischen Praxisgebühren stirbt Ulla Schmidts Hausarztmodell noch vor Karfreitag.

Alle vorgestellten Vorschläge sind bereits seit längerem in der politischen Diskussion. Um diese zu präsentieren, hätte es dieser

Kommission nicht bedurft, die den Steuerzahler immerhin 1 Mio. Euro gekostet hat. Die Vorschläge des Sachverständigenrates für die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen, die im Februar präsentiert worden sind, sind in der Sache sehr viel weiterführende.

Vorschläge mit geringer Halbwertszeit

Wir sind gespannt zu sehen, ob und wie die Vorschläge der Rürup-Kommission überhaupt von der Bundesregierung aufgegriffen und inwieweit sie die Zustimmung der Koalitionsfraktionen finden werden. Denn es ist an der Zeit, dass die Öffentlichkeit erfährt, wohin die Reise gehen soll. Es ist müßig, sich heute über einzelne Vorschläge der Rürup-Kommission, deren Halbwertszeit vielleicht noch nicht einmal bis Pfingsten reicht, zu unterhalten. Für die Union ist entscheidend, welches Gesamtkonzept die Bundesregierung vorlegen wird.

WOLFGANG BOSBACH:

DNA-Analyse konsequent nutzen



Zu der Bilanz des Bundesinnenministers nach 5 Jahren DNA-Analysedatei beim BKA erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die DNA-Analyse ist eine der besten und erfolgreichsten Waffen des Rechtsstaats im Kampf gegen das Verbrechen.

Es muss künftig zur polizeilichen Routine gehören, dass immer dann, wenn eine erkennungsdienstliche Behandlung vorgenommen wird, neben dem Foto, dem Messen der Körpergröße und dem Fingerabdruck in Zukunft auch der genetische Fingerabdruck genommen werden kann.

Angesichts der besorgniserregenden Kriminalitätsentwicklung wäre es unverantwortlich, dieses moderne Instrument der Aufklärung und Verhinderung von

Straftaten nicht konsequent anzuwenden.

Dem Bundesinnenminister ist zuzustimmen, dass die DNA-Analyse zur Überführung der Täter, aber auch zur Entlastung unschuldig Verdächtigter auf breitest möglicher Basis eingesetzt werden muss. Richtigen Erkenntnissen müssen aber auch reale Taten folgen. Gerade daran hat es bei Rot-Grün in der Vergangenheit zu oft gefehlt.

Die CDU/CSU-Fraktion hat gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode wiederum einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor Sexualverbrechen und anderen schweren Straftaten vorgelegt (BT-Drs. 15/29). Darin ist auch eine konsequente Nutzung der DNA-Analyse für Zwecke künftiger Strafverfahren vorgesehen. Die Vorschläge der Bundesregierung bleiben dahinter weit zurück.

Die gegenwärtige Beschränkung dieses wirksamen kriminalistischen Instruments auf Straftaten von erheblicher Bedeutung ist zu eng. Kein Straftäter hat einen Anspruch darauf, dass der Rechtsstaat viele Straftaten nur mit halber Kraft verfolgt.

Der sog. genetische Fingerabdruck ist wie der tradi-

tionelle Fingerabdruck nur ein Mittel der Identitätsfeststellung. So wenig wie gewöhnliche Fingerabdrücke schafft der genetische Fingerabdruck den „gläsernen Menschen“. Bei der DNA-Analyse wird nur der nicht codierte Teil des menschlichen Genoms verwandt. Hierbei werden keine Informationen über körperliche Eigenschaften, Erbkrankheiten oder dergleichen ermittelt.

NORBERT RÖTTGEN
SIEGFRIED KAUDER:

Bessere Hilfe für deutsche **Gewalt-** **opfer** im Ausland



Anlässlich des Fraktionsbeschlusses über den Antrag „Opferentschädigung für deutsche Staatsangehörige, die bei vorübergehendem Aufenthalt im Ausland Opfer eines Gewaltverbrechens werden“ erklärten der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der zuständige Berichterstatter:

Deutsche Touristen, die ihren Urlaub im Ausland verbringen und dort Opfer eines Gewaltverbrechens werden, sollen eine Entschädigung erhalten. Das Gleiche gilt für Deutsche, die sich aus anderen Gründen nur vorübergehend im Ausland aufhalten.

Es ist nicht einzusehen, dass ausländische Touristen, die in Deutschland Opfer einer solchen Tat werden, entschädigt werden, während Deutsche im Ausland meist leer ausgehen. In diesem Fall hört die Fürsorgepflicht des deutschen Staates für seine Bürger nicht an der Grenze auf. Das deutsche Opferentschädigungsgesetz sieht eine Entschädigung bislang nur für Deutsche und Ausländer vor, die in Deutschland Opfer eines Gewaltverbrechens werden. Mögliche Zahlungen aus dem Entschädigungsfonds für Opfer terroristischer Gewalt sind weder der Regelfall noch besteht auf sie ein Rechtsanspruch. Zudem ist nicht jedes Gewaltverbrechen ein Akt des Terrorismus.

Rechtssicherheit und unbürokratische Hilfe ist aber genau das, was das deutsche Opfer im Ausland zu Recht erwarten kann. Wir fordern die Regierungskoalition auf, diese Gesetzeslücke zu

schließen und deutsche Opfer von Gewaltverbrechen im Ausland nicht länger alleine zu lassen.

DIETRICH AUSTERMANN:

Ungedeckte Milliardenlasten wegen höherer Arbeitslosigkeit



In der „Aktuellen Stunde“ im Deutschen Bundestag zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und den Kosten der Arbeitslosigkeit erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Im März lag die Zahl der Arbeitslosen fast um eine halbe Millionen höher als ein Jahr zuvor. Daraus ergeben sich jährliche, bisher ungedeckte Mehrausgaben für Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung von mindestens 9 Milliarden Euro! Vor dem Hintergrund weiter zurückbleibender Steuereinnahmen summieren sich allein beim Bund die Mehrausgaben bei der Ar-

beitslosenhilfe und bei der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosengeld, usw.) unter Einschluss der Beitragsausfälle der BA auf rd. 8,3 Mrd. Euro.

Das Hartz-Konzept, an das noch im letzten Sommer nahezu religiöse Heilerwartungen geknüpft wurden, wird bestenfalls zu marginalen Entlastungen führen. Viele seinerzeit hochgelobte Elemente des Konzepts, z.B. die sogenannte „Ich-AG“, erweisen sich als kompletter Fehlschlag, oder bestenfalls als ein begrenzt wirksames Element unter vielen.

Schröder hat offensichtlich vor dem Problem der Arbeitslosigkeit kapituliert. Die Bundesregierung und ihre vielen Kommissionen begnügen sich damit, konzeptions- und zusammenhanglose Einzelvorschläge in der Öffentlichkeit breit und kontrovers zu zerreden.

Gleichzeitig wachsen uns Kosten der Arbeitslosigkeit über den Kopf: Jeder einzelne Arbeitslose verursacht jährlich gesamtwirtschaftliche Kosten von mindestens 20.000 Euro. Wie im letzten Jahr entpuppt sich das Gerede der Herren Eichel, Schröder und Clement von Wirtschaftswachstum und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte von Tag zu Tag mehr als platte Gesundheitserei.



Versprochen – Gehalten! CDU stoppt noch höhere Steuern!

Das ist ein gutes Signal für die Menschen in Deutschland: CDU und CSU haben die massiven Steuererhöhungen gestoppt, die Rot-Grün Bürgern und Betrieben zumuten wollte. In Bundestag und Bundesrat wurde lediglich eine Reform der Körperschaftsteuer beschlossen – damit auch große Konzerne wieder Steuern bezahlen. Für diese Korrektur von Eichels Steuerpolitik hatte sich die Union schon vor der Bundestagswahl und den Landtagswahlen eingesetzt. Auch in dem Punkt haben CDU und CSU Wort gehalten.

Rot-Grün ist mit seinem so genannten „Steuervergünstigungsabbaugesetz“ auf ganzer Linie gescheitert. Denn Rot-Grün wollte „mehr für den Staat – und weniger für den privaten Konsum“ (SPD-Fraktionschef Müntefering). Gestoppt hat die Union unter anderem:

- Die willkürliche Erhöhung der Mehrwertsteuern auf Urlaubsflüge, Zahnersatz, Blumen usw.
- Die drastische Kürzung der Eigenheimzulage
- Deutlich mehr Steuern auf Firmenwagen
- Höhere Steuern auf private Veräußerungsgewinne z.B. bei Wertpapieren und Immobilien

Auch Handwerker und Mittelstand wollte Rot-Grün schwer belasten – durch Verschlechterungen bei den Abschreibungsmöglichkeiten. Diese Pläne sind jetzt vom Tisch.

Für die CDU ist klar: Solche Steuererhöhungen können wir uns in der derzeitigen Lage nicht leisten. Sechs Monate diskutierte Rot-Grün über die geplanten Steuererhöhungen und hat Bürger und Betriebe damit tief verunsichert. Das ist Gift für unsere Konjunktur – und damit für unseren Arbeitsmarkt. Wir brauchen endlich wieder Impulse für mehr Wirtschaftswachstum in Deutschland. Die Union hat Wort gehalten: Korrektur bei der Körperschaftsteuer – und keine weiteren Steuererhöhungen.

So urteilt die Presse:

„... die Gewinner stehen eindeutig fest: die Bürger ...“ Frankfurter Allgemeine Zeitung

„Deutschland ist ... eine gefährliche Konjunkturbremse los ...“ Financial Times Deutschland

Besser für die Menschen.





**Baumwolltasche
„Wir sind am Zug“**

RESTPOSTEN!

Bestell-Nummer: 9405

Preis je **10 Stück: ~~16,00 €~~**

inkl. MwSt.: 11,60 €

5,00 Euro
5,80 Euro

**Broschüre
„Internet-Guide
mit Ferienkalender“**



Bestell-Nummer: 5971

Preis je **25 Stück: 15,00 €**

inkl. MwSt.: 16,05 €



**Ehrenurkunde der
Frauen-Union mit Mappe
ohne Jahresangabe**

Bestell-Nummer: 0242

Preis je **10 Stück: 7,40 €**

inkl. MwSt.: 8,58 €

Luftballon Frauen-Union

Bestell-Nummer: 9929

Preis je **100 Stück: 7,00 €**

inkl. MwSt.: 8,12 €



**Halstuch „50 Jahre FU“
Farbe magenta**

Bestell-Nummer: 9406

Preis je **1 Stück: 7,70 €**

inkl. MwSt.: 8,93 €



Pflegestift

Bestell-Nummer: 9993

Preis je **20 Stück:**

25,00 €

inkl. MwSt.: 29,00 €



Faltblatt „Frau Macht Politik“ inklusive Beitrittserklärung

Bestell-Nummer: 2895
Preis je **100 Stück: 15,00 €**
inkl. MwSt.: 16,05 €

Faltblatt „Besser leben in einer europaweiten Informationsgesellschaft“

Bestell-Nummer: 2705
Preis je **50 Stück: 14,30 €**
inkl. MwSt.: 15,30 €



Kugelschreiber

Bestell-Nummer: 9930
Preis je **50 Stück: 25,00 €**
inkl. MwSt.: 29,00 €



Leporello „Steuerliche Entlastung für allein Erziehende – Schritt für Schritt gestrichen“

Bestell-Nummer: 2896
Preis je **100 Stück: 15,00 €**
inkl. MwSt.: 16,05 €



Haftnotizblock

Bestell-Nummer: 9992
Preis je **20 Stück: 9,50 €**
inkl. MwSt.: 11,02 €

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.



Rahmenplakat

DIN A1
Bestell-Nummer: **8819**
Preis je **25 Stück: 13,00 €**
inkl. MwSt.: 15,00 €

DIN A0
Bestell-Nummer: **8820**
Preis je **25 Stück: 17,50 €**
inkl. MwSt.: 20,30 €



Rednerplakat „Maria Böhmer“

DIN A1
Bestell-Nummer: **8817**
Preis je **25 Stück: 13,00 €**
inkl. MwSt.: 15,00 €

DIN A0
Bestell-Nummer: **8816**
Preis je **25 Stück: 17,50 €**
inkl. MwSt.: 20,30 €



Sonnenschirm

Bestell-Nummer: **0047**
Preis je **1 Stück: 38,40 €**
inkl. MwSt.: 44,54 €

Plakat „Politik braucht Frauen“

DIN A1
Bestell-Nummer: **7821**
Preis je **25 Stück: 13,00 €**
inkl. MwSt.: 15,00 €

DIN A0
Bestell-Nummer: **7822**
Preis je **25 Stück: 17,50 €**
inkl. MwSt.: 20,30 €



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Fahne

1,20 m x 3,00 m

Bestell-Nummer: **H018**
Preis je **1 Stück: 26,25 €**
inkl. MwSt.: 30,45 €



Basecap

Bestell-Nummer: **H017**
Preis je **1 Stück: 3,80 €**
inkl. MwSt.: 4,41 €



Briefpapier

Bestell-Nummer: **H019**
Preis je **500 Blatt: 14,80 €**
inkl. MwSt.: 17,17 €

Diese Artikel sind nur über die
Frauen Union direkt bestellbar!

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Frauen Union
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Telefon: 0 30-2 20 70-4 52
Telefax: 0 30-2 20 70-4 39
E-Mail: fu@cdu.de
www.FRAUENUNION.de

Alle Preise zzgl. Portokosten!